Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalserste, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 13. Januar 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der Weg zur Macht....

Ein Kapitel der Mahnung.

SPD. Der Faschismus feiert wieder Gedenktage. Das republikanische Deutschland kann daraus lernen. Es hat bitterer als je die Lehre nötig, was aus ihm werden kann, wenn es den Ratschlägen jener rechtsbürgerlichen Kreise folgt, die dem Nationalsozialismus an die Macht verhelfen wollen. Fünf Jahre sind es erst her, nicht acht, dass der Faschismus unumschränkt herrscht. Seine wirkliche Revolution, d.h. die völlige Umwälzung der vom König beschworenen Staatsverfassung, begann nicht beim Regierungsantritt, also Oktober 1922, sondern erst im Januar 1925. Die neu gebildeten Gruppen der jungen Faschisten von 18-21 Jahren hatten deshalb dieser Tage überall in Italien den 3.Januar zu feiern.

Der 3.Januar ist der Tag jener grossen Rede Mussolinis im Parlament, in der er sich von jeder Zusammenarbeit mit anderen Parteien lossagte. In "48 Stunden" wollte er die "Situation auf der ganzen Linie klären". Angesichts dieser Ankündigung musste man damals furchtbare Gewalttaten und Massenverhaftungen erwarten. Denn die Situation war diese: Die Ermordung des sozialdemokratischen Abgeordneten Matteotti im Frühsommer 1924 hatte noch keine Sühne gefunden. Das ganze Land war tief erregt. Sämtliche Oppositionsparteien hatten sich, unter dem symbolischen Namen des "Aventin", aus dem Parlament zurückgezogen. Der Kampf ging um die "moralische Frage", die ein Zusammenarbeiten mit den Faschisten verbot. Noch herrschte Pressefreiheit und die Angriffe eines Teiles der Presse gegen das Regime waren tödlich. Das ganze faschistische Regime war aufs schwerste erschüttert. Nach dem moralischen stand es vor dem politischen Zusammenbruch. Das übriggebliebene Rumpfparlament der Faschisten hatte im Grunde keinen verfassungsrechtlichen Charakter mehr. Die nichtfaschistischen Parteien versagten sich, mit geringen Ausnahmen, zu denen am Ende auch die Kommunisten gehörten, jeder parlamentarischen oder sonstigen Mitarbeit. Da griff Mussolini zur Gewalt, um sich und sein Regime zu retten. Sämtliche "Aventin"-Parteien, die Kommunisten einbegriffen, wurden aus dem Parlament ausgeschlossen und aufgelöst, die Abgeordneten ihrer Mandate für verlustig erklärt. Die Pressefreiheit wurde beseitigt, jede Opposition gewaltsam unterdrückt. Seitdem darf kein nichtfaschistisches Blatt mehr erscheinen. Alle verfassungsmässigen Rechte der Staatsbürger wurden aufgehoben. Von dem einst so stolzen Gebäude der italienischen Verfassung blieb im Laufe der Zeit kein Stein mehr auf dem andern. Es gab nur noch Faschisten und Staatssklaven, auch Steuerzahler genannt. Wer von den führenden Gegnern nicht rechtzeitig floh, war an seinem Leben bedroht. Jede Freiheit auch der privaten, geschweige denn der öffentlichen, Meinungsäusserung wurde polizeilich verfolgt. Der polizeiliche Obrigkeitsstaat kam zu einer nie mehr vermuteten Blüte. Der Faschismus gelangte so erst zur unumschränkten Herrschaft. Er schaltete das Parlament völlig aus und liess ihm auch später nur einen leer-dekorativen Charakter. Er

regierte einfach durch Diktatur-Verordnungen. Wie sagte Mussolini doch? "Ich kenne keine Fetische, auch nicht den Fetisch der Freiheit"...

Diesen unerhörten Vorgang neuester Geschichte muss die Jugend als "historischen Gedenktag faschistischen Triumphes" feiern. Aber es ist gut, dass man sich erinnert. Es ist gut, dass man sich vor allem in Deutschland jetzt daran erinnert, Man vergisst zu schnell. Nichts will man aus noch so naher Geschichte lernen. Ob es sich um Völkerkriege handelt, für die alle rüsten und für die mancher dann, wenn es ihm nach beschlossenen Rüstungserhöhungen gerade passt, ein offizielles Wort des Abscheus zu finden weiss, oder ob es sich um Bürgerkriege handelt. Aber der Weg zur Macht ist für den Nationalsozialismus, wenn er von ihm je beschritten werden dürfte, vom italienischen Faschismus vorgezeichnet. Er muss naturnotwendig zu einem 3.Januar der alles umstürzenden Gewalt führen. Auch der deutsche Faschismus hat, wie der italienische, seine rechtsbürgerlichen "Flankenstützer", wie man sie in Italien nannte, die ihm in den Sattel helfen möchten. Die "Flankenstützer" glaubten auch in Italien, sie könnten den Faschismus reibungslos in die parlamentarische Bahn und Ordnung zwingen. Mehr als zwei Jahre lang versprach auch Mussolini "Normalisierung und Legalisierung" der Verhältnisse. Nichts schien im Grunde wesentlich geändert. An die Verfassung wurde, auch wenn sie tatsächlich oft genug nicht eingehalten wurde, mit Gesetzen in dieser Zeit nicht zu rühren gewagt. Die Pressefreiheit musste zunächst bestehen bleiben. Aber die "Flankenstützer" täuschten sich in Italien, wie sie sich in Deutschland täuschen werden. Kaum war der richtige Augenblick gekommen, kaum hatte man die Machtmittel des Staates fest in der Hand, da schüttelte der Faschismus die "Flankenstützer" wie jede Zusammenarbeit mit allen anderen Parteien von sich ab und setzte seine unumschränkte Gewaltherrschaft ein. Dabei ist es im tiefsten Wesensgrunde gleich, ob die Ermordung eines sozialistischen Abgeordneten oder eine andere, in solchen Verhältnissen sicher eintretende Gewalttat den äusseren Anlass dazu bietet. Der Anlass wird sich in Deutschland noch schneller finden als in Italien. Hätte der Nationalsozialismus erst einmal die Machtmittel des Staats in der Hand, so würde er (nach seinen eigenen Aussagen) vor keiner illegalen Gewalt zurückschrecken und sie nach berühmtem Muster zur gesetzmässigen Gewalt erklären. So weit ist der Weg zur Macht klar und eindeutig vorgezeichnet. Nur eins haben die deutschen "Flankenstützer" des Faschismus nicht einberechnet: den Ausbruch eines der blutigsten und in den Folgen gefährlichsten Bürgerkrieges.

Deutschlands Arbeiter kennen zwar ebensowenig wie Mussolini Fetische. Die Freiheit bedeutet ihnen nicht, wie Mussolini, einen Fetisch des Aberglaubens, den man wegwerfen könne, sondern einen geheiligten Glauben!

SPD. Braunschweig, 13.Jan. (Eig.Dr.)

Die Deutsche Volkspartei des Landes Braunschweig steht noch immer zu dem Nazi-Minister Franzen, trotzdem diesem Herrn vom höchsten braunschweigischen Gericht bescheinigt wurde, dass er vor der Polizei und damit auch vor dem Landtag und der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt hat. Nur zu der nationalsozialistischen Fraktion des braunschweigischen Landtags hat die Deutsche Volkspartei kein Vertrauen mehr, wie folgende Erklärung des Landesvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Landtagsabg. Brandes, beweist:

"Die hiesige Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hat gegen die Deutsche Volkspartei in der Öffentlichkeit den Vorwurf erhoben, sie hätte Koalitionssehnsucht nach den Sozialdemokraten. Ich glaube, keine bürgerliche Gruppe hat stärker als die Deutsche Volkspartei zum Ausdruck gebracht, dass nach den Erfahrungen der letzten Jahre die Sozialdemokraten von der Regierung ausgeschaltet werden müssten, und dass man ernsthaft versuchen müsse, mit den Nationalsozialisten gemeinsam zu regieren, um dieser Partei die Möglichkeit zu geben, ihre Fähigkeiten, die sie auf freiem agita-

torischen Gebiet zweifellos gezeigt hat, auch in der politischen Verantwortung zu zeigen. Hier sehen wir aber bei den Nationalsozialisten leider noch wenig Fortschritte. Auch der uns völlig zu Unrecht gemachte Vorwurf der Koalitionssehnsucht nach den Sozialisten entspricht einer reinen Agitationslust, ohne die geringste Rücksichtnahme auf die eingegangene Regierungskoalition. Wenn Herr Zörner (der nationalsozialistische Landtagspräsident) trotz unserer Erklärungen seine Behauptungen immer wieder beweislos wiederholt, so ist das in meinen Augen nur ganz üble Wahlmache, in Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen. Wir haben dem Minister Dr.Franzen unser Vertrauen ausgesprochen. Wir können leider nicht das gleiche Vertrauen zu der Fraktion der Nationalsozialisten haben..... Wir verkennen nicht, dass in der nationalsozialistischen Bewegung viel jugendlicher Idealismus steckt, und wir stehen innerlich dieser Bewegung näher als den rein materialistisch eingestellten Sozialdemokraten. Wir bedauern aber, dass der politische Kampf jetzt Formen angenommen hat, die wir nicht mitmachen werden. Das was sich jetzt häufig im Landtag abspielt, ist nicht jugendliches Feuer und Temperament, sondern stellt eine Verwilderung der Sitten dar."

\+ + +

Auch diese Erklärung zeigt, dass ein grosser Teil der Deutschen Volkspartei lieber den Steigbügelhalter für die Nazis macht, als dieser verlogenen Bewegung entschlossen entgegenzutreten. Insofern bildet die Volkspartei für die friedliche Weiterentwicklung in Politik und Wirtschaft ebenso eine Gefahr wie die Nationalsozialistische Partei.

SPD. Der Zentrumsabgeordnete des Reichstags und Preussischen Landtags Herold ist am Dienstag in Leevelinklee bei Münster i.W. im 83.Lebensjahr nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Grippe gestorben.

Herold gehörte seit 1889 dem Preussischen Landtag und seit 1898 dem Reichstag ununterbrochen an. Der Verstorbene war Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands und sass seit 1906 im Vorstand der Westfälischen Zentrumspartei. Er war Ehrenvorsitzender der Partei, des Reichsparteivorstands und des Reichstags- und Landtagszentrums. Seit langen Jahren fungierte er als Alterspräsident im Preussischen Landtag. Beim Zusammentritt des neuen Reichstags war er auch dessen Alterspräsident.

SPD. Landsberg (Warthe) 13.Jan.(Eig.Dr.)

Das hiesige erweiterte Schöffengericht verurteilte den Stahlhelmführer Oberstleutnant a.D. Duesterberg wegen Beleidigung des ehemaligen Reichsinnenministers Karl Severing zu 500 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Der Angeklagte hatte sich am 19.März 1930 in einer Stahlhelmversammlung in Landsberg über die Teilnahme des damaligen Reichsinnenministers Severing an der Berliner Kundgebung am Volkstrauertag folgendermassen geäussert: "Es ist bedauerlich, dass der Reichspräsident neben so einem kleinen Reichsminister sitzen musste, und dass dieser marxistische Hanswurst am Abend das Volk verhetzte." Der angeklagte Stahlhelmführer gab zu, den Ausdruck Hanswurst gebraucht zu haben, bestritt aber die übrigen Sätze, sodass die Zeugen, drei Kriminalbeamte, ihm erst das Gedächtnis auffrischen mussten. Im übrigen wollte der Angeklagte in dem Ausdruck Hanswurst keine Beleidigung sehen.

In der Begründung des Urteils führte Landgerichtsrat Dr. Schwinne eine erfreuliche Sprache. Er verwies darauf, dass es nicht Aufgabe des Stahlhelms sein könne, die Ehre der Gefallenen, die angeblich durch eine Äusserung Severings geschmälert worden sein sollte, zu schützen. Aufgabe der Rechtspre-

chung aber müsse es sein, die Ehre der im öffentlichen Leben Stehenden zu schützen, und das um so mehr in einer Zeit, in der man versuche, die Ehre der Reichsminister anzutasten. Es habe eine Zeit gegeben, in der die Rechtsprechung diesen Grundsatz nicht immer so befolgt habe, deshalb müsse jetzt schärfer zugefasst werden.

SPD. Stockholm, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Die schwedische Sozialdemokratie zählte Ende 1930 rund 260 000 Mitglieder. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahre einen Zuwachs von 25 000 Mitgliedern.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Regierungspräsident von Stralsund, Dr. Hausmann, überreichte dem Staatssekretär des Preussischen Staatsministeriums, Dr. Weismann, als dem Vertreter des Preussischen Ministerpräsidenten Dr.Braun eine Denkschrift über die Notwendigkeit einer Einbeziehung Vorpommerns in die durch das Gesetz vom 26.Juli 1930 begründeten Notstandsmassnahmen (Osthilfe). Die Denkschrift, deren Verfasser Professor Dr. Muhs-Greifswald ist, ist unterzeichnet von der Industrie- und Handelskammer des Regierungsbezirks Stralsund, von der Stralsunder Handwerkskammer, von sämtlichen Kreiskommissionen, der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern, von den Städten Stralsund und Greifswald sowie von der Vereinigung der Bürgermeister Vorpommerscher Mittel- und Kleinstädte. Staatssekretär Dr. Weismann erklärte, die Preussische Staatsregierung sei sich der schwierigen Wirtschaftslage Vorpommerns voll bewusst und werde alles daran setzen, um diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken.

Die gleiche Denkschrift wurde von dem Regierungspräsidenten Hausmann dem Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Treviranus, überreicht. Reichsminister Treviranus sprach seine Ueberzeugung dahin aus, dass die sachlichen Voraussetzungen für die Einbeziehung des vorpommerschen Krisenherdes in die Osthilfe seiner Ueberzeugung nach gegeben seien und dass er beim Reichskabinett einen entsprechenden Antrag stellen werde. Auch der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Pünder, dem die Denkschrift ebenfalls überreicht wurde, versicherte, dass die Lage Vorpommerns mehrfach Gegenstand von Besprechungen der Reichsstellen gewesen sei und dass dem Antrag ein besonderes Interesse entgegengebracht werde.

SPD. Paris, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Das französische Parlament ist am Dienstag zu seiner ordentlichen Frühjahrstagung zusammengetreten. Das Hauptereignis der Tagung steht erst für Mai bevor. Es handelt sich um die Neuwahl des Präsidenten der Republik. In vier Monaten ist die Amtszeit Doumergues abgelaufen. Der Aufmarsch der Kandidaten ist durch eine Reihe von Zufälligkeiten arg in Verwirrung geraten: Poincaré, der die besten Aussichten hatte, ist wieder erkrankt. Briand ist durch die Hitlerwelle in Deutschland um einen Teil seines Einflusses gebracht worden. Peret und Besnard sind in dem Schmutz des Oustric-Skandals versunken. So bleiben eigentlich nur noch der schaffensfreudige Tardieu und der höchst unbekannte lothringische Senator Lebrun im Rennen. Vielleicht aber lässt sich Doumergue dazu bestimmen, noch weitere sieben Jahre in dem goldenen Käfig des Elysée zu verharren.

Die Eröffnung der Sitzungen in Kammer und Senat brachte zunächst eine Trauerkundgebung für den Marschall Joffre. Während sich der Senat dann sofort vertagte, schritt die Kammer zu der Neuwahl ihres Präsidenten. Der sozialisti-

sche Abgeordnete Buisson, der den Posten des Kammerpräsidenten schon seit vier Jahren verwaltete, wurde mit 227 Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, der gemässigte Radikale Bouilloux-Lafont, erhielt 200 Stimmen. 60 Stimmen waren zersplittert.

SPD. München, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch nimmt der Bayerische Landtag seine parlamentarischen Arbeiten wieder auf.

Zunächst soll im Verfassungsausschuss in einer vierten Lesung das Landeswahlgesetz verabschiedet werden. Diese Lesung ist notwendig geworden, weil die Sozialdemokraten die Einrichtung der vom Staatsgerichtshof beanstandeten Landesmandate nur dann aufrecht erhalten wissen wollen, wenn sie, verankert im Wahlgesetz, tatsächlich ihren sinngemässen Zweck erfüllen kann. Gegen diese Forderung werden von der Regierung verfassungsrechtliche Bedenken erhoben, sodass es fraglich erscheint, ob sich die notwendige qualifizierte Mehrheit für das Verlangen der Sozialdemokraten findet. Ist das nicht der Fall, so fordern die Sozialdemokraten den Wegfall des Systems der Landeswahlsitze und Verminderung der parlamentarischen Sitze um die bisherigen 15 Landesabgeordneten auf 113 Mandate. Für eine der beiden Forderuugen wird sich die Bayerische Volkspartei entscheiden müssen, wenn sie das Wahlgesetz nicht scheitern lassen will.

Am 23.Januar tritt dann das Plenum des Landtags zur Entgegennahme des Haushaltsvoranschlags für 1931 zusammen. Zum erstenmal seit Jahren wird der Etat kein Defizit aufweisen, was neben starker Ausgabendrosselung im wesentlichen auf die Erträgnisse der Schlachtsteuer zurückzuführen ist. Die sechsprozentige Kürzung der Besoldung der Beamten und Staatsangestellten ergibt zwar die Summe von rund 22 Millionen Mark, von der aber infolge des Rückganges der Steuererträgnisse und der Einbehaltung von Ueberweisungssteuern durch das Reich nur wenige Millionen für den eigenen Bedarf übrig bleiben werden. Die Unsicherheit in der Gestaltung der Einnahmen hat im übrigen dazu geführt, den Etat zum erstenmal variabel zu gestalten, d.h. sinken die Monatseinnahmen unter die Ziffer des Voranschlags, so sollen auch die Monatsausgaben entsprechend verringert werden.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Dienstag das Gesetz über die Erstattung von Kriegswohlfahrtsausgaben an die Gemeinden an. Das Gesetz bezweckt die Erstattungsansprüche der Länder und Gemeinden an das Reich aus § 60 des Finanzausgleichsgesetzes endgültig zu umgrenzen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Erstattung der von den Ländern und Gemeinden für Familienunterstützungen und sonstige Ausgaben auf dem Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege geleisteten Ausgaben.

Die finanzielle Auswirkung des Gesetzes ist erheblich. Unter Zugrundelegung des Ergebnisses einer Sondererhebung muss mit einer Kapitalbelastung des Reichs von 135 - 140 Millionen gerechnet werden. Bei einem dreissigjährigen normalen Tilgungsplan nach Massgabe des Anleihe-Ablösungsgesetzes würde der laufende jährliche Tilgungsbetrag daher etwa 4,6 Millionen Mark ausmachen. Die erstmalige Belastung für die rückliegende Zeit bis März 1930 einschliesslich ist auf ca. 21 Millionen berechnet. Die Reichsregierung kann bei der Höhe dieses Betrages im Hinblick auf die Finanzlage des Reiches nur eine ratenweise Erstattung der Summe gewähren. Für die in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 voraussichtlich entfallenden Ausgaben sind im Haushalt 1931 insgesamt 12 Millionen Mark eingestellt.

Im Verlauf der Aussprache über das Gesetz führte Ministerialdirektor

Dr. Dorn vom Reichsfinanzministerium aus, dass es für die Reichsregierung in Anbetracht der gegenwärtigen schwierigen finanziellen Lage ein sehr schwerer Entschluss gewesen sei, das Gesetz zugunsten der Gemeinden einzubringen. Der Reichsrat habe dem Gesetz einstimmig zugestimmt und anerkannt, dass esden richtigen Mittelweg darstelle zwischen den Ansprüchen der Gemeinden und dem, was das Reich gegenwärtig im Höchstfalle leisten könne. Von den Abgg. Keil (Soz) und Ritzel (Soz) wurde die Absicht der Reichsregierung begrüsst, den gerechtfertigten Ansprüchen der Gemeinden zu genügen. Keil führte gegenüber deutschnationalen und nationalsozialistischen Anträgen,die eine Erhöhung der Erstattungen verlangten, aus, dass man zwar grundsätzlich der Tendenz dieser Anträge zustimmen könne, das Gesetz aber eine Art Vergleich zwischen Reich und Ländern sei. Da die Länder den Vergleich einstimmig angenommen haben, liege für den Reichstag bei der gegenwärtigen Finanzlage kein Anlass vor, darüber hinauszugehen. Der nationalsozialistische Antrag würde nach den Angaben der Reichsregierung eine Mehrausgabe von 21 Millionen verursachen.

Die Regierung liess ankündigen, dass sie bei Annahme des Nazi-Antrages das zugunsten der Gemeinden eingebrachte Gesetz zurückziehen müsse, weil sie die zu seiner Durchführung erforderlichen Mittel nicht besitze. Darauf gab der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt kurz und bündig und echt nationalsozialistisch die Antwort: "Woher die Regierung das Geld nimmt, geht uns, die wir Oppositionspartei sind, gar nichts an, denn sie hat das Reich in die jetzige miserable Lage gebracht. Sie soll die "Tributzahlungen" um 21 Millionen kürzen, dann habe sie die Mittel!"

SPD. München, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Wie verheerend das Gift der Hitlerhetze auf die Schuljugend wirkt, zeigte sich wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit in einem Beleidigungsprozess vor dem Münchener Schwurgericht, bei dem die ganze sechste Klasse der Realschule Gunzenhausen gegen ihren Sprachlehrer, einen Juden, bezeugen sollte

Gunzenhausen, ein Städtchen in Mittelfranken mit sehr starkem Prozentsatz jüdischer Bevölkerung, wird seit Jahren mit antisemitischen Schmutzschriften bombardiert. Dabei spielt besonders die Nürnberger Wochenschrift "Der Stürmer" des oft vorbestraften bayrischen Landtagsabgeordneten Streicher mit seinem judenfresserischen und jugendvergiftenden Inhalt eine Hauptrolle. Die Verhetzung ging soweit, dass die wenigen jüdischen Lehrer an der Realschule von ihren Schülern direkt bespitzelt wurden. Als einer dieser Lehrer eine Schülerin wegen ihrer Ungeschicktheit "Schaf Gottes" nannte, hielten es mehrere Mitschüler als gelehrige Hitlerjünglinge für ihre Pflicht, sich in ihrem religiösen Empfinden verletzt zu fühlen. Einer von ihnen verfasste, natürlich anonym, einen überaus gehässigen und verleumderischen Artikel im "Stürmer", worin u.a. frech und kühn behauptet war, der Lehre habe im Zusammenhang mit Christus und der Christenheit von einem Schaf Gottes gesprochen und damit bewiesen, dass in seinen Adern das gleiche Blut kreise, das vor 2000 Jahren dazu geführt habe, dass Christus angespuckt und ans Kreuz genagelt worden sei. Mit diesem Zeitungsartikel wurde gegen den angegriffenen Lehrer eine förmliche Pogromstimmung entfacht.

In dem Beleidigungsprozess, der wegen des Artikels gegen einen nationalsozialistischen Redakteur angestrengt war, hatten die gelehrigen Hitlerbuben keine Spur mehr von Mut, ihre verlogenen Behauptungen unter Eid aufrecht zu erhalten, sodass der Wahrheitsbeweis des Angeklagten wie ein Kartenhaus zusammenklappte. Der Angeklagte erhielt 150 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

SPD. Paris, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Um im Oustric-Skandal das Gleichgewicht zwischen rechts und links in der Zahl der kompromittierten Opfer wiederherzustellen, hatte die Reaktion versucht, die beiden sozialistischen Abgeordneten Muthe und Uhry in den Schmutz zu ziehen. Muthe sollte seine parlamentarische Einstellung zugunsten der Petroleum-Gesellschaft von Bacu, Uhry zugunsten eines bankrotten Bankiers eingesetzt haben.

Der Fall Muthe hat am Dienstag bereits eine schnelle Erledigung gefunden. Der reaktionäre Abgeordnete Mandel, der am Montag als Ankläger aufgetreten war, berichtigte sich selbst und erklärte vor der parlamentarischen Untersuchungskommission, dass er einem Manöver zum Opfer gefallen sei. Gleichzeitig sprach Mandel in einem Schreiben dem Abgeordneten Muthe sein Bedauern und seine Entschuldigung aus. Der Fall Uhry ist vorläufig einer Nachprüfung durch den Parteivorstand der Sozialistischen Partei unterworfen. Wie verlautet, ist der Ausschluss Uhrys aus dem Parteiverband des Departements Oise lediglich auf eine lokale Machenschaft zurückzuführen. Die sozialistische Parlamentsfraktion hat jedenfalls beiden Abgeordneten am Dienstag ihr volles Vertrauen ausgesprochen.

Die sozialistische Kammerfraktion befasste sich am Dienstag ferner mit der Affäre des sozialistischen Generalratsmitgliedes von Martini Lagrossiliere, der der Bestechung zugunsten der Baufirma Giraudon aus dem Oustric-Konzern beschuldigt worden war. Die Fraktion stellte fest, dass Lagrossiliere als "mitschuldig" den reaktionären General Mordacq und den bekannten Leutnant Clemenceau an seiner Seite gehabt habe.

SPD. Der Zusammenbruch der kommunistischen Aktion im Ruhrbergbau hat innerhalb der Führung der K.P.D. wieder einmal zu schweren Differenzen geführt.

Der von Losowsky für die Aufziehung von RGO-Läden in Deutschland verpflichtete Reichstagsabgeordnete Dahlem hatte sich hinsichtlich der Beurteilung der Lage im Ruhrgebiet auf seinen Fraktionsfreund Florin, den Bezirkssekretär der K.P.D.-Ruhrgebiet, verlassen. Dieser hatte in phantasievollen Berichten nach Berlin die Stimmung zum "Losschlagen" als glänzend geschildert, sodass die Macher der Gewerkschaftsabteilung der KPD-Zentrale die Zeit für eine Spaltung des freien Bergarbeiterverbandes für günstig hielten. In wochenlangen Vorbereitungen waren die KPD-Mitglieder instruiert worden, ja es wurde ihnen sogar der Ausschluss aus der Partei angedroht, wenn sie sich nicht streng an die Parolen der Partei halten würden. Für die Bildung von Erwerbslosenstaffeln und Stosstrupps, die auf den einzelnen Zechen und in den einzelnen Betrieben eingesetzt werden sollten, waren grosse Mittel aufgewendet; desgleichen standen ungeheure Mengen Flugblätter und Handzettel zur Verfügung. Die Moskauer Gewerkschaftsinternationale hatte besondere Instrukteure ins Ruhrgebiet entsandt. Trotzdem brach nach einem kurzfristigen Ueberrumpelungserfolg auf einigen Zechen, deren Belegschaften zunächst vor dem Terror der kommunistischen Banden zurückwichen, die ganze Aktion schmählich zusammen.

Nun sucht man nach Sündenböcken. Der Bezirkssekretär Florin hatte nichts eiligeres zu tun, als sich krank zu melden. Sein Einpeitscher Dahlem wurde von Moskau zur Berichterstattung oder vielmehr zur Rechnungsdarlegung aufgefordert. Im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz der KPD-Zentrale, spricht man offen aus, dass die Kaltstellung Merkers, des früheren Leiters der KPD-Gewerkschaftsabteilung, der schon vor Jahresfrist eigene RGO-Läden aufziehen wollte, garnicht zu erfolgen brauchte, wenn sein Nachfolger Dahlem keine anderen Ergebnisse fertig brächte.

\+ + +

Das Organ des Leninbundes stellt in einem Bericht aus dem Ruhrgebiet fest, dass die kommunistische Partei nicht nur die christlichen und frei-

organisierten Arbeiter, sondern meistenteils die gesamte Bergarbeiterschaft gegen sich gehabt habe. Grosse Teile der Mitgliedschaft liessen nunmehr die Köpfe hängen, da die meisten KPD-Funktionäre brotlos seien. Viele von ihnen sässen im Gefängnis und wären flüchtig.

Das Tagesorgan der Brandlergruppe lässt sich aus Essen melden, dass nunmehr der grösste Teil der Schächte im Ruhrgebiet fast kommunistenrein sei. Im Essener Bezirk, dort wo die KPD-Bezirksleitung zu Hause ist, sei von einem Streik überhaupt nichts zu spüren gewesen. Im Dortmunder Revier hätte die KPD-Aktion nur den Faschisten einen gewaltigen Auftrieb gegeben. Auf einer Zeche, dem Schacht Hansemann, hätten Stahlhelmer und Nazis vereint die wieder zur Arbeit erschienenen kommunistischen Arbeiter Spiessruten laufen lassen und elend verprügelt. So etwas sei bisher auf Ruhrzechen nicht möglich gewesen. Das Brandlerblatt beschuldigt die KPD, die "Selbstzerfleischung der Arbeiter begünstigt" und "dem Unternehmertum unschätzbare Dienste erwiesen" zu haben!

SPD. London, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Polizeiamtlich wird mitgeteilt, dass der deutsche Kommunist Gustav Sobotka in der vergangenen Woche nach England eingereist sei. Er habe sich in das südwaliser Streikgebiet begeben und in einer Versammlung der streikenden Bergarbeiter eine kommunistische Rede gehalten. Sobotka habe bei seiner Einreise das Versprechen abgegeben, sich jeder politischen Propaganda zu enthalten. Er habe jedoch das Gegenteil getan und sei deshalb nach London geladen und von dort unter polizeilicher Bewachung nach Dover gebracht worden, wo er das Schiff nach Ostende habe besteigen und zurückkehren müssen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag-Nachmittag mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrats. Der Reichsminister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die in Genf zu behandelnden Fragen. Die hierüber gepflogene Aussprache ergab vollkommene Einmütigkeit über die von der deutschen Delegation einzunehmende Haltung.

\+ + +

Der Reichskanzler wohnte der Besprechung nicht bei, da er an einer leichten Grippe erkrankt ist und einige Tage das Bett hüten muss.

SPD. Genf, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Am Freitag-Vormittag elf Uhr wird der französische Aussenminister Briand die erste Sitzung der Studienkommission für europäische Einigung eröffnen. Nach einer kurzen geheimen Beratung werden die weiteren Verhandlungen öffentlich vor sich gehen. Bisher steht nur fest, dass in der ersten Sitzung der Vorsitzende der Wirtschaftskommission Coljin-Holland einen ausführlichen Bericht über europäische Wirtschaftsfragen erstatten wird. Ob der Italiener Suwitsch am Sonnabend über europäische Finanzfragen referieren kann, hängt noch von den Arbeiten der Finanzkommission ab, die noch nicht beendet sind.

Während Völkerbundsmitglieder, die keine Europäer sind, ausdrücklich zur Entsendung von Beobachtern aufgefordert wurden, ist eine Einladung Russlands und der Türkei zu dieser Tagung noch nicht beabsichtigt. Diese Frage soll offenbar auf die nächste Europakonferenz im Mai verschoben werden. Ueberhaupt besteht das Bestreben, möglichst ohne Tagesordnung in die Verhandlungen einzutreten, aus denen sich dann durch Anträge der weitere Beratungsstoff

ergeben wird.

Nach den bisher eingetroffenen Anmeldungen nehmen von den beteiligten 27 europäischen Staaten 16 Aussenminister an den Beratungen teil.

SPD. Paris, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Die Untersuchungsarbeiten bei der jüngsten Erdrutsch-Katastrophe von Lyon haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt. Auf die Erklärungen eines Angestellten der Eisenbahnlinie Paris-Lyon-Mittelmeer hin, wonach er auf einem genau bezeichneten Platz Quellen beobachtet habe, wurde die Suche nach dem Ablauf eines Wassers aufgenommen. Man entdeckte in der Nähe der alten römischen Wasserleitung einen unterirdischen Gang von ungefähr 100 m Länge und 80 m Höhe, der gut ausgemauert war. Der Gang führt zu einem unterirdischen See, der, wie nun festgestellt werden konnte, unterhalb des Friedhofs von Loyasse liegt. Grösse und Tiefe des Sees konnten noch nicht gemessen werden. Das Wasser hat eine Temperatur von 11 Grad. Der See liegt etwa 500 m von dem Hospital Chazeaux entfernt, das als erstes bei der Erdrutsch-Katastrophe so fürchterlich zugrunde gegangen ist.

SPD. London, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Seit neun Wochen arbeitet die englisch-indische Konferenz mit wechselndem Geschick. Viele Kommissionen und Unterausschüsse waren am Werk, private Unterhändler opferten Tage und Nächte und überall tauchte MacDonald auf um zu schlichten, zu vermitteln und zu versöhnen. Auf seinen Schultern lag in diesen beiden Monaten die ganze Last und Schwere der Beratungen, die jetzt ihrem Ende entgegengehen. Dass sie kein Problem wie das indische lösen konnten, war jedem einzelnen von vornherein klar. Die Entwicklung in Indien ist nicht die Frage einer Konferenz, und wenn sie selbst neun Jahre statt neun Wochen andauern würde. Die im Anfangsstadium begriffene bürgerliche Revolutionierung Indiens und die bürgerliche Emanzipation seines Volkes wird Jahrzehnte bedürfen bis der letzte Stein gesetzt ist. Welche Probleme sich hier aufhäufen beweist die eine Tatsache, dass es in London nicht einmal möglich gewesen ist, Hindus und Moslems auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Vom ersten Tag an war dieser religiöse Gegensatz das Haupthindernis der Konferenz, er ist es geblieben und bedroht selbst die Arbeiten der Verfassungskommission, deren Ergebnis am Dienstag auszugsweise in der englischen Presse veröffentlicht worden ist.

In diesen Arbeiten ist die Frucht der gesamten Londoner Konferenz niedergelegt. Sie ist den gegebenen Umstanden nach das Höchstmass dessen, was erreicht werden konnte. Die Konferenz überlässt die innere Entwicklung Indiens den Indern, sie gibt dem tausendfach gespaltenen und zersplitterten indischen Volke einen staatspolitischen Rahmen, der ein Hebel für alle kommenden Fortschritte bilden muss. Im Verhältnis zu England gibt das Mutterland den alten Herrenstandpunkt auf. Indien ist auf dem Wege zu einem selbständigen Dominion. Nur einige Uebergangsjahre soll es von der Zeit trennen, in der es Herr seiner eigenen Geschicke sein wird. England ist mit der Indianisierung der indischen Armee und dem allmählichen Rückzug der englischen Truppen einverstanden. Die indische Frage und die indische Entwicklung wird sich nicht mehr in dem Kampfe Englands und Indiens ausdrücken. Es wird in Zukunft der Kampf der Inder untereinander sein.

In welchem staatspolitischen Rahmen sich diese Emanzipierung vollziehen wird, das ist die Bedeutung des soeben bekannt gewordenen Verfassungsberichtes. Indien wird zu einem Föderativ-Staat umgewandelt und zusammengefasst. Die bisherigen absoluten Fürsten verzichten auf einen grossen Teil ihrer Macht zugunsten der Einzelstaaten, und der einzelstaatlichen Verwaltung. Die

Basis dieser indischen Föderation bildet ein Parlament, das aus Senat und Unterhaus besteht. Der Senat wird von den einzelstaatlichen parlamentarischen Institutionen gewählt; das Unterhaus in direkten und indirekten Wahlen, wobei den religiösen Minderheiten, der unterdrückten Klasse, den Arbeitern usw. eine gewisse Zahl von Parlamentssitzen freigehalten werden sollen. Der Generalgouverneur (Vizekönig) ernennt den Ministerpräsidenten, der sein Kabinett bildet, das wiederum dem Parlament verantwortlich ist und von ihm gestürzt werden kann. In der Uebergangszeit bleibt dem Generalgouverneur ein Einspruchsrecht gegen die Parlamentsbeschlüsse, das sich jedoch hauptsächlich auf Armee und Finanzfragen beschränkt.

Die englischen Konservativen liessen am Dienstag erklären, sie müssten diesen Zugeständnissen an Indien ihre Zustimmung verweigern. Auch der Führer der indischen Moslems übte heftige Kritik, weil er den Schutz der mohammedanischen Minderheit vermisse und ohne diese Klausel keine Verfassung von den Vertretern der indischen Mohammedaner angenommen werden könnte. Schliesslich haben auch die Delegierten der Hindus in der Dienstagsitzung Sonderwünsche angemeldet. Die Konferenz ist jedoch zu Ende! MacDonald wird die Stellung der englischen Regierung am kommenden Freitag oder Montag in einer Plenarsitzung darlegen. Als Ausweg aus der Sackgasse der Sonderwünsche soll jeder Delegiertengruppe überlassen bleiben, ihre Reservate dem Verfassungsdokument anzuhängen.

Indien ist auf dem Wege zum englischen Dominion und zur Selbstverwaltung und damit wird, wenn die Vollkonferenz den Kommissionsbericht annimmt, der schwerste Stein hinweggeräumt sein, der bisher die innere Entwicklung von Land und Volk gehemmt hatte. Das wird die grosse historische Bedeutung der Londoner Konferenz sein.

SPD. Warschau, 13.Januar (Eig.Bericht)

Auf die deutschen Minderheitsbeschwerden an den Völkerbund hat die polnische Regierung jetzt mit einer Note geantwortet.

In dem ersten Teil der Note wird grundsätzlich nachzuweisen versucht, dass die Aktion der deutschen Reichsregierung den Rahmen einer Minderheitenaktion überschreite. Ihre Noten hätten daher den Charakter einer unmittelbaren politischen Aktion und dadurch sei die leidenschaftliche Kampagne der deutschen Presse ermöglicht worden, die sich auf falsche oder übertriebene Tatsachen stütze. Im zweiten Teil wird in Erwiderung der deutschen Vorwürfe nachzuweisen versucht, dass die deutschen Minderheiten an der Ausübung ihres Wahlrechts nicht gehindert worden seien. Zugleich wird auch der Versuch gemacht, die Erregung während der Wahlkampagne zu erklären, und zwar durch die angeblich erfolgte Terrorisierung der polnischen Minderheiten Deutschlands und die politische Aktion Deutschlands gegen den polnischen Staat, wobei die Treviranus-Rede herangezogen wird. Im dritten Teil wird auf die oberschlesischen Zwischenfälle Bezug genommen, die als gewöhnliche Wahlkrawalle dargestellt werden; in anderen Ländern, u.a. auch in Deutschland, seien bei Wahlen in letzter Zeit viel ernstere Zusammenstösse vorgekommen. Zum Schluss werden den Mitgliedern des Völkerbundsrates alle Anordnungen in Sachen der Minderheiten der polnischen Behörden bekanntgegeben.

SPD. Dresden, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Der sächsische Landtag nahm am Dienstag einen Gesetzentwurf an, nach dem die Ausfallgarantie des sächsischen Staates für Lieferungsgeschäfte nach Russland von 20 auf 30 Millionen Mark erhöht wird.

Ferner wurde eine Regierungsvorlage angenommen, die vorsieht, dass die Rückflüsse aus den von dem sächsischen Staat gewährten Mitteln für die produktive Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 1½ Millionen Mark im Jahre dazu verwandt

werden, einen Wirtschaftsstock zu errichten, der Kredite in besonderen Fällen an sächsische Unternehmungen geben soll. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen dieErrichtung des Wirtschaftsstocks, weil sie in der in Aussicht genommenen Anwendung der Mittel eine schädliche Subventionspolitik sieht. Sie forderte vergeblich, dass die in Frage kommenden Gelder für den Wohnungsbau verwendet werden.

SPD. Kopenhagen, 13.Januar (Eig.Dr.)

Der dänische Sozialminister legte dem Folkething am Dienstag einen Gesetzentwurf über die vorläufige Unterstützung von 17 000 Arbeitslosen vor, die zurzeit keine Unterstützung erhalten, weil sie ausgesteuert sind oder ausserhalb der Versicherung stehen. Das Gesetz, für dessen Durchführung insgesamt 5,1 Millionen Kronen vorgesehen sind, gewährt den betreffenden Arbeitslosen Unterstützung bis zu 70 Tagen. Die zu seiner Durchführung erforderlichen Kosten sollen vom Staat, denGemeinden und dem Erwerbslosenfonds zu je einem Drittel aufgebracht werden.

Dänemark zählt gegenwärtig 76 000 eingetragene Erwerbslose.

SPD. London, 13.Januar (Eig.Drahtb.)

Der Regierung ist es gelungen, eine Vermittlungsaktion zwischen den ausgesperrten Webern und den Unternehmern zustandezubringen. Die Verhandlungen finden in Manchester statt.

SPD. In einem Strassburger Kino wird seit vier Wochen der Film "Im Westen nichts Neues" aufgeführt. Wochentags wird das Antikriegswerk drei-, Sonntags viermal vorgeführt. Weit über 200.000 Menschen haben den Film bisher besucht und ihn mit Beifall aufgenommen.

Aussergewöhnlich gross ist insbesondere die Zahl von Besuchern aus Deutschland. Am vorvergangenen Sonntag hatten die Gewerkschaften in Trier eine Sonderfahrt zur Besichtigung des Films nach Strassburg organisiert, am letzten Sonntag fuhren auf Veranlassung der Sozialdemokratischen Partei in Mannheim mehrere hundert Personen nach Frankreich, um die Filmvorführung zu besuchen. Täglich steigt die Zahl der Besucher, die insbesondere aus Mittelbaden einzeln oder in geschlossenen Veranstaltungen über die Grenze reisen und sich den Film ansehen. Für den kommenden Sonntag sind wieder mehrere Sonderfahrten nach Strassburg geplant.

Der Film wird in Strassburg in der deutschen Fassung gespielt. Die Texte sind in französischer und deutscher Sprache gehalten.

SPD. Der Preussische Handelsminister hat an das Provinzialschulkollegium Berlin und die Regierungspräsidenten einen Erlass gerichtet, in dem zur Beschulung erwerbsloser Jugendlicher an den Berufs- und Fachschulen die Schaffung entsprechender Einrichtungen gefordert wird. Die jugendlichen Arbeitslosen, die auf Grund amtlicher oder privater Initiative bereits ausreichend beschult sind, bleiben von dem Erlass unberührt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Ihr Held.

SPD. In regelmässigen Abständen begeistert sich die nationalsozialistische Presse über Mussolini, in dem sie das leuchtende Vorbild des deutschen Faschismus erblickt. Den Gipfel erklomm der "Westdeutsche Beobachter" mit der folgenden Stiefelleckerei :

"Der Duce ist der Inbegriff sämtlicher verschiedener Gestalten des Heldentums. Was immer wir uns von irdischer und geistiger Würde als einem Menschen innewohnend denken können, ist hier in einer Person vereinigt, um über uns zu befehlen, uns mit beständiger praktischer Belehrung zu versehen und uns für Tag und Stunde zu sagen, was wir tun müssen."

Diese Heldengestalt, der, wie dem Oberhaupt der katholischen Kirche, Unfehlbarkeit zugeschrieben wird, schrieb seinerzeit, als sie zum Krieg gegen Deutschland hetzte, im "Popolo d'Italia":

"Heil dem Revolver Princips und der Bombe Cabrinovics!"

Das ist der Mann, von dem die Nationalsozialisten erwarten, dass er ihnen für Tag und Stunde sagen werde, was sie tun müssen! Was er inzwischen tut, sieht nicht gerade nach deutschem Nationalismus aus. Die "Alpenzeitung" vom 11.Januar meldet aus Bozen, dass eine ganze Reihe von Lebensmittelgeschäften auf zwanzig bis dreissig Tage behördlich geschlossen wurden. In Meran sind zwanzig Geschäfte auf längere Zeit gesperrt worden. Es handelt sich ausschliesslich um deutsche Geschäfte, die zum Teil zu den ältesten und angesehensten Unternehmungen gehören. Das faschistische Blatt vermerkt triumphierend die vernichtenden Schläge gegen die deutsche Geschäftswelt.

Dem Manne, der die Unterdrückungspolitik gegen das Deutschtum in Südtirol führt, lecken die Nationalsozialisten die Stiefel !

Wo kommen die Revolver her?

Ein Berliner Nationalsozialist hat sich erschossen. Er war im Besitz einer Mauserpistole. Ein Sattlergeselle aus Berlin-Steglitz feuerte in Kolberg auf Jugendliche, die sich mit Schneeballwerfen vergnügten, drei Revolverschüsse ab, die den einen sehr schwer verletzten. Immer tragen Nationalsozialisten den Revolver in der Tasche. Bei jeder Gelegenheit machen sie davon Gebrauch. Das Gesetz gegen das Waffentragen wird in Deutschland täglich von zehntausenden von Nationalsozialisten übertreten. Eine Verschärfung des Gesetzes ist unumgänglich nötig. Vorher aber muss eine andere Frage geklärt werden. Wo kommen die Revolver her?

Wie ist es möglich, dass derartige Mengen von Schusswaffen in den Besitz von Mitgliedern gerade der Nationalsozialistischen Partei kommen können? Der Verdacht liegt nahe, dass es sich dabei nicht um Einzelkauf, sondern um organisierte Beschaffung handelt. Es wäre an der Zeit, dass die Behörden Nachschau halten, ob die sogenannten Feldzeugmeistereien der Nationalsozialisten, die ganz militärisch aufgezogen sind, sich wirklich nur auf die Lieferung von Hosen, Jacken, Mützen, Tornistern und Riemen beschränken, oder ob hier die Quellen sind, aus denen die umfassende Bewaffnung der nationalsozialistischen Anhänger mit Schusswaffen erfolgt!

Auch ein Denkmal.

Vor kurzer Zeit hat sich der Führer des Trupps, der in der Separatistenzeit in der Pfalz den Separatistenführer Heinz Orbis erschoss, öffentlich in der Presse seiner Tat gerühmt und alle Einzelheiten öffentlich geschildert.

Dieser unglaublichen Geschmacklosigkeit folgt eine zweite nach. In Speyer hat sich ein Aktionsausschuss gebildet, der bei der pfälzischen Bevölkerung für die Errichtung eines Ehrenmales für die Mörder des Heinz Orbis bettelt. Das hat gerade noch gefehlt, dass für diese Tat ein Ehrenmal errichtet würde!

Es wäre nicht nur eine Geschmacklosigkeit, sondern die Verewigung einer geschichtlichen Lüge. Der Separatismus als politische Bewegung in der Pfalz ist nicht durch jene Mordtat gebrochen worden, sondern durch die Haltung der arbeitenden Bevölkerung der Pfalz, die Methoden und Ziele der Separatisten strikte abgelehnt hat. Ihr zäher und ruhiger Widerstand hat die Hoffnungen der Separatisten geknickt. Die Arbeiterschaft hat der Einheit Deutschlands gedient, ohne dass sie zum Mord greifen musste. Sie hat sich damit selbst ein Denkmal gesetzt. Mögen die Attentäter ein Denkmal setzen für eine blutige Tat, wenn ihnen von dem grossen und allgemeinen Abwehrkampf gegen die Separatisten nichts anderes übrig geblieben ist, als die Erinnerung an die mörderischen Revolverschüsse

Alle Tage Busstag!

Die städtische Jugendpflege in Dortmund hat sich bemüht, den Erwerbslosen in ihrer seelischen Not zu helfen und die Leere des arbeitslosen Tages auszufüllen. Sie hat einen Kursus für rhythmische Gymnastik für Erwerbslose eingeführt.

Diese Einrichtung hat in der Scharfmacherpresse zu wütenden Protesten geführt. Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" sagt rund heraus, dass damit in den Erwerbslosen lediglich Ansprüche grossgezogen werden, die sie nur noch unzufriedener machen. Rhythmische Gymnastik für Erwerbslose sei etwas, was wirklich jenseits der Lebensnotwendigkeiten unserer so dunklen Gegenwart liege.

Ginge es nach den Scharfmachern, so müssten die Erwerbslosen täglich in Sack und Asche gehen und den ganzen Tag Busstag halten. Körperliche und seelische Verkümmerung, damit nicht Ansprüche grossgezogen werden, die die Erwerbslosen nur noch unzufriedener machen - das wäre so recht nach ihrem Herzen.

Nur noch unzufriedener! Ist es denn ein Verbrechen, dass die Erwerbslosen unzufrieden sind, dass auch sie Ansprüche an das Leben stellen, und dass sie nicht alle Tage Busstag machen wollen?

Die grosse Kriecherbewegung.

Der Hakenkreuzminister Franzen in Braunschweig hat in öffentlicher Versammlung aufgefordert, marxistische Beamte bei ihm zu denunzieren. Er will in Braunschweig einführen, was in Thüringen Praxis ist. Das übelste Denunziantengeschmeiss und Querulantentum wird durch Minister dieser Sorte herangezüchtet.

In Thüringen wurden in diesen Tagen ein Landwirt und eine Kriegerwitwe wegen Beamtenbeleidigung prozessiert, weil sie einen thüringischen Beamten beim Ministerium als linksradikal denunziert und ihm dabei die ehrenrührigsten Vorwürfe gemacht hatten. Ihr Denunziationsschreiben begann mit den folgenden Worten: "An den allerhöchsten hochwohlgeborenen Herrn Präsidenten Staatsminister Baum. Nach langem Hoffen und Harren ist endlich eine wirklich nationale Regierung in Thüringen zustande gekommen." Das ist die Bauchkriecherei, auf die nationalsozialistische Minister spekulieren! Sie wollen eine grosse Kriecherbewegung entfesseln.

Aus aller Welt

Der entlarvte Nazihäuptling.

Landtagsabgeordneter Kube wegen Verleumdung des Berliner Polizeipräsidenten Greszinski zu tausend Mark Geldstrafe verurteilt - Ein Blick in die Dunkel= kammern der völkischen Hetzer.

SPD. Die beispiellos schäbige Verleumdungstaktik der Nationalsozialisten zeigte sich am Dienstag vormittag vor dem Schöffengericht Berlin=Schöneberg in wirklich bengalischem Licht; noch nie wurde ein gewissenloser Verleumder so un= barmherzig moralisch gestäupt,wie "Jaköble", der ewige Feldwebel der NSDAP,wei= teren Kreisen auch als ein gewisser Kube bekannt, dessen Spezialität es stets ist, mit pathetischer Donnerstimme auf die Qualitäten des alten friderizianischen Preussen hinzuweisen-: Mut, Ehrgefühl und Wahrhaftigkeit. Das sind alles Dinge, über die der Nazihäuptling allerdings wohl kaum zu verfügen scheint.Jedenfalls musste er sich sowohl vom Staatsanwalt als auch vom Gericht in sehr scharfen, aber durchaus gerechten Worten sagen lassen,dass es mehr als übel sei mit derart leichtfertigen Methoden, wie er sie anwandte, die Ehre seiner Mitmenschen zu beschmutzen.

+

Man weiss ja, wie diese Ritter der Nacht ihr Gift zu verspritzen pflegen. Irgendein anonymes Individuum taucht auf und gibt unter hämischem Schmunzeln eine angebliche "Affäre" aus dem Leben eines prominenten Republikaners zum besten. Natürlich ist das Ganze von A bis Z aus den Fingern gesogen,aber für die skrupellose, von Gewissen und Anstand unangekränkelte Propaganda der radikalen Rechten noch immer gut oder schlecht genug. So hatte sich der nationalsozialistische Agitator Dr.Braun eines Tages,als Greszinski sich anlässlich eines Banketts nach seiner Rückkehr von der amerikanischen Zeppelin=Fahrt derart betrunken habe,dass er sich hinterher übergeben musste und eine Rollwand zwischen ihn und die übrigen Gäste des Banketts geschoben werden musste.

+

Mit diesem elenden Schwindel ging man in hunderten von Versammlungen krebsen; auch die Sudelblätter Hitlers verkniffen sich nicht,den Tratsch,mit allen Details gewissenloser Erfindung ausgeschmückt, in Fettdruck den Lesern vorzusetzen. Aber schliesslich gelang es Herrn Braun, der als Informator des Herrn Kube zu gelten hat, zu fassen. Er wurde wegen öffentlicher Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Trotzdem Kube gewusst hat,dass an der ganzen Bremer Geschichte kein wahres Wort ist, hatte er wider besseres Wissen die Verleumdung weiter verbreitet. In einer Versammlung, die in Stettin stattfand, gab er unter wildem Beifallsgebrüll seiner Anhänger die Moritat zum Besten und drohte dem Polizeikommissar,der sich diesen hahnebüchenen Ausfall des Herrn Kube nbtiert hatte,dass es ihm in Dritten Reich bestimmt sofort an den Kragen gehen werde.

+

Aber Jaköble hat nur Mut,wenn es in Naziradauversammlungen mit dem Mundwerk zu paradieren gilt. Vor Gericht ist er sanft wie ein Lämmchen und versucht nach allen Seiten,mit den jämmerlichsten Ausflüchten zu agieren.Dennoch: auch der treueste Augenaufschlag nutzt ihm nichts; man hat ihn in der Zange. Herr Kube kneift, er kneift ganz fürchterlich. Er will von seinen Kollegen Kerrl und Ziegelrücken irregeführt worden sein und möchte nun, -hier folgt so etwas wie ein verlegen abbittender Seitenblick zu dem anwesenden Grzesinski - sein Bedauern aussprechen.Vorher hat er das allerdings nicht für nötig befunden,trotzdem es doch unbedingt primitivste Anstandspflicht gewesen wäre.

Rechtsanwalt Landsberg lässt den nationalsozialistischen Verleumder nicht so leichten Fusses den Rückzug antreten. Er verlangt Beweisaufnahme. Schon um dem völkischen Verleumdergesindel den Mut zu weiteren Schmutzattacken gegen die Ehre untadliger republikanischer Persönlichkeiten zu nehmen. Das verzweifelte "Jaköble" möchte dieser Beweisaufnahme selbstverständlich ausweichend. Aber sie kommt doch, sie ist kurz und vernichtend für den Verleumder. Die verlesenen Zeugenaussagen ergeben mit eindeutiger Klarheit, dass Grzesinski nach seiner Ankunft aus Amerika vom Bremer Bürgermeister empfangen und dann sofort weiter gereist ist. Der Minister hatte das Hotel Excelsior, in dem die angeblichen Trunkenheitsexzesse stattgefunden haben sollen, niemals betreten. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Fischer hatte es in seiner Anklagerede sehr leicht. Er geisselt schonungslos die üblen Methoden der Radikalen, bei denen es System geworden sei, durch gehässige persönliche Angriffe ihre Gegner zu diffamieren. Da Herr Kube noch nicht einmal der Anstandspflicht, sich nach Bekanntwerden der Unwahrheit seiner Vorwürfe zu entschuldigen, nachgekommen sei, müsse den Angeklagten eine ganz gehörige Strafe treffen. Er beantragte daher anstelle der an sich verwirkten sechs Wochen Gefängnis eine Geldstrafe von 500 Mark.

+

Nachdem Grzesinskis Verteidiger, Dr. Landsberg, die unerhört leichtfertigen und verantwortungslosen Agitationsmethoden Kubes gekennzeichnet hatte, nahm Jaköble, sehr unsicher und sehr zurückhaltend geworden, das Wort, um mit der rührenden Geste der verfolgten Unschuld dem Staatsanwalt politische Nebenabsichten vorzuwerfen. Er selbst sehe den Prozess keineswegs als politisch an und übrigens würde Grzesinski die Nazis so gehässig bekämpfen, dass man - dies war die unausgesprochene Schlussfolgerung aus dem kläglichen Verteidigungsgestammel des k.o. geschlagenen Jaköble - ihm gegenüber auch zu den gemeinsten Mitteln greifen dürfe.

+

Nun sprach Grzesinski selbst und erledigte Kube mit solcher Eindringlichkeit, dass dem Verleumder Hören und Sehen verging. Er konnte dem Gericht einen Brief vorlegen, den der wackere Mann, der den Prozess keineswegs als politisch ansehen will, vor einiger Zeit an den bereits erwähnten Dr. Braun geschrieben hat und in dem es ungemein bezeichnend heisst: "Ich habe unseren Gauleiter von Ost-Hannover, Herrn Telschow, Buchholz, Kreis Harburg, ersucht, die gesamte Arbeitskraft der dortigen Ortsgruppe der NSDAP für diesen politisch ausserordentlich bedeutsamen Prozess einzusetzen. Denn, sollte es uns gelingen, Grzesinski hierdurch zu Fall zu bringen, so haben wir für die Bereinigung der preussischen politischen Angelegenheit sehr viel getan". Aber heute, nachdem er so schmählich hereingefallen ist, will der Unschuldsengel Kube von Politik nichts mehr wissen. Gründlicher ist wohl noch niemals ein Pharisäer entlarvt und desillusioniert worden.

Das Gericht, das den Angeklagten zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt, gab dem Kläger die Befugnis, das Urteil im "Vorwärts", im "Völkischen Beobachter" und in der "Pommerschen Tagespost" zu veröffentlichen.

+ + +

Femejustiz oder Selbstmord?

Rätsel um den Tod eines Hakenkreuzlers in Berlin - Lichterfelde.

SPD. In den Abendstunden des 12. Januar wurde der 27 Jahre alte Chauffeur Walter Bürkner aus der Albrechtstrasse in Lichterfelde, Mitglied einer Sturmabteilung der NSDAP, vor der elterlichen Wohnung tot aufgefunden. Unter der Leiche fand man eine Mauserpistole. Ueber den geheimnisvollen Vorgang tauchen die verschiedensten Gerüchte auf. Einmal sollte es sich um einen Selbstmord Brückners handeln (der Einschuss der Revolverkugel ging von der rechten Brustseite aus durchs Herz), ferner glaubt man an ein Verbrechen, dem der Siebenundzwanzigjährige zum Opfer gefallen sein sollte.

Sorgen einer Mutter.

Bürkners Wohnung ist in einem zweistöckigen Haus in einer verhältnismässig einsamen Strassen gelegen. Von der Eingangspforte im Vorgarten führt ein schmaler Weg seitlich der Mauer zur Tür der im Erdgeschoss gelegenenen Wohnräume. Hier, auf diesem schmalen Gang, wurde Bürkner am Montag abend 8 Uhr 30 gefunden. Folgen wir den Angaben der Mutter des Toten:

Walter Bürkner hatte am Morgen des 12.Januar die elterliche Wohnung in der Albrechtstrasse verlassen,um sich zum Arbeitsamt zu begeben. Er hatte seiner Mutter versprechen müssen,bald wieder zurückzukommen,da sie um ihn infolge seiner politischen Betätigung sehr besorgt war und schon einmal hatte erleben müssen,dass Walter Bürkner halb zerschlagen nach Hause kam. Dieser Vorgang spielte sich vor etwa sechs Wochen ab,wo Bürkner auf dem Arbeitsamt von 15 Burschen überfallen und niedergeschlagen wurde. Er konnte sich jedoch noch retten und flüchtete auf einen Autobus.

"Was ist denn mit Walter los?"

Am 12.Januar verging Stunde um Stunde, ohne dass Walter Bürkner zurückkam. Es wurde Mittag, Nachmittag und schliesslich Abend. Die Mutter entschloss sich, gemeinsam mit der Tochter nach Walter Bürkner zu suchen. Sie fanden ihn in einem Restaurant, das das Stammlokal der Nazis in Lichterfelde ist. Hier sass Bürkner mit einigen anderen Männern am Tisch und trank Bier. Seiner Schwester erklärte er,dass er gleich herauskommen würde. Die beiden Frauen beruhigten sich und gingen nach Hause.

Eine halbe Stunde später kam ein Bekannter der Familie zu den Eltern gelaufen und alarmierte sie mit den Worten: "Was ist denn mit Walter los?" Die Eltern hatten keine Ahnung und stürzten hinaus. Zehn Minuten zuvor glaubte Frau Bürkner allerdings einen dumpfen Fall draussen gehört zu haben,mass diesem Umstand aber weiter keine Bedeutung bei...!

Vorgetäuschter Selbstmord?

Als die Eltern nun auf den kleinen Gang vor dem Haus traten,sahen sie Walter Bürkner regungslos am Boden liegen. Sie glaubten erst,er sei ein wenig angetrunken und hoben ihn hoch. In diesem Moment entdeckten sie unter dem Körper des jungen Nazis eine Pistole. Als die Mutter den Arm ihres Sohnes hochheben wollte,fühlte sie Blut an ihren Fingern. Da war das Geschehen entdeckt. Walter Bürkner war bereits verblutet.

Stunden später setzten die Ermittlungen der Mordkommission der politischen Polizei ein. Es stellte sich heraus,dass hier möglicherweise ein Selbstmord vorgetäuscht worden war. Obgleich die Pistole Eigentum des Toten war,schien es von vornherein merkwürdig,dass sich Bürkner vor der elterlichen Wohnung das Leben genommen haben sollte. Aber er war seit langem arbeitslos. Not,Verzweiflung hätten immerhin Motive sein können,die ihn in den Tod trieben. Bürkners Eltern geht es wirtschaftlich jedoch nicht schlecht. Indes gingen die Ermittlungen weiter und ergaben ein interessantes Bild einer politischen Biographie dieser Zeit.

Bürkner,der früher einmal in der Reichswehr diente,trat nach dem Verlassen des Heeres in die Kommunistische Partei ein. Es gefiel ihm dort aber nicht und er schloss sich den Nazis an. Hier schien er aufzuleben. Seine Eltern kümmerten sich wenig oder auch garnicht um die politischen Ambitionen ihres Sohnes.Bürkner wurde in die Sturmabteilung der Nazis aufgenommen. Es folgte der Ueberfall auf dem Arbeitsamt. Jetzt fand man seine Leiche...

Ein geheimnisvolles Gespräch.

In einem Restaurant an der Ecke der Neuen Dorfstrasse in Lichterfelde sollen am Dienstag nachmittag mehrere Männer an den Schanktischen gesessen und sich unterhalten haben - auch über den Fall Bürkner. Wie mir berichtet wird,kam in dem Gespräch das Wort "Feme" vor. Einer sagte: "Ich will nichts davon wissen, sonst sagt Ihr noch,dass ich es war". Dann unterhält man sich über die technische Durchführung eines solchen Mordes. Es wird behauptet,dass Bürkner "auf der Liste" stand. Man soll ihn schon lange auf dem Kieker gehabt haben...

Das Gespräch wurde der Polizei mitgeteilt, die weiteren Ermittlungen sind

im Gange. Es ist möglich,dass vielleicht wirklich Arbeitslosigkeit oder irgend= welche seelischen Motive Bürkner in den Tod trieben und dass das in Lichterfel= de belauschte Gespräch nur die Unterhaltung von Wichtigtuern gewesen ist. Aber auch in diesem Fall bleibt die Lichterfelder Mordunterhaltung noch immer ty= pisch genug für die moralische Verwilderung dieser Zeit.

Nazideutschland - Blutdeutschland!

-o-

\+ + +

Acht Menschen ertrunken? Im Laufe des Dienstag wurden die Ueberreste ei= nes Lofoten-Fährbootes, das seit Montag vermisst wurde,an der norwegischen Küst aufgefunden. Man befürchtet,dass die gesamte aus acht Mann bestehende Besatzung des Schiffes umgekommen ist.

\+ + +

Wieviel Einwohner hat Berlin? Nach Mitteilungen des Statistischen Amtes betrug die Einwohnerziffer Berlins am 1.Januar 1931 4 332 112. Im Dezember 1930 wurden in Berlin 4 150 Ehen geschlossen und 3 163 Kinder geboren. Gestor= ben sind 4 102 Personen.

\+ + +

Ozeanflug "Do X" am 20.Januar? Der Start des "Do X" von Lissabon nach Ame= rika ist vorläufig auf den 20. Januar festgesetzt worden. Vor dem Weiterflug nach New=York sind Besuche in Rio de Janeiro und Havanna vorgesehen. Für den Rückflug ist die Linie über die Bermuda-Inseln und die Azoren beabsichtigt.

\+ + +

Die Gier nach dem Glück. Das Kölner Erweiterte Schöffengericht verurteilte am Dienstag einen Oberpostschaffner,der 25 vorwurfsfreie Dienstjahre hinter sich hat, zu 1½ Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe. Der Verurteilte hatte sich an Briefen vergriffen und Gewinnlose und Bargeld,das zum Ankauf von Lo= sen bestimmt war, herausgenommen.

\+ + +

Festgenommener Hochstapler. Unter tatkräftiger Mitwirkung der Kölner Kri= minalpolizei ist kürzlich in Paris ein Hochstapler festgenommen worden,der sich als Präsident der von ihm zur Ausbeutung eines angeblichen Beryllium=Vorkommens bei Köflach in Steiermark gegründeten Beryllium=Gesellschaft, Dr.Kurt Seidler ausgab. Es handelt sich um einen berüchtigten Schieber, der schon in Deutsch= land eine Reihe von Scheingründungen unternommen hat. Dem Hochstapler,dessen eigentlicher Name noch nicht feststeht, hat ein Kölner Grosskaufmann 188 000 Mark zur Gründung dieser Beryllium=Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Der Schwindler lockte den Kaufmann nach Jugoslawien,wo er angeblich ein grosses Schloss besitze. Es war jedoch nur ein Luftschloss. Der Kölner Kaufmann sitzt heute ihne einen Heller fest. Auch einem Hamburger Industriellen wurde von dem Hochstapler, der gemeinsam mit einer "Dame" arbeitete,die sich als eine Schwester des Grafen Arnim von Muskau ausgab, 80 000 Mark abgeschwindelt.

\+ + +

In den Alpen verschollen. Seit dem 3.Januar wird der 27 Jahre alte Sport= lehrer Wiedhan aus Berlin=Charlottenburg vermisst. Wiedhan weilte in den Grau= bündener Alpen zum Wintersport. Am 3.Januar entfernte er sich aus seinem Ho= tel, seitdem fehlt jede Spur. Die Polizei rechnet sowohl mit einem Selbstmord als auch mit einem Verbrechen.

\+ + +

Autokatastrophe. In Beuel bei Bonn fuhr ein Lastauto in voller Geschwin= digkeit in eine Abteilung der Bonner Polizeischule. Sieben Polizeischüler wur= den schwer verletzt. Das Unglück scheint auf mangelhafte Leuchtkraft des Auto= scheinwerfers zurückzuführen zu sein.

\+ + +

Das grosse Los! In der Dienstag=Nachmittagsziehung der vierten Klasse der Preussisch=Suddeutschen Klassenlotterie wurde auf die Nummer 370 421 der Haupt= gewinn in Höhe von 100 000 Mark gezogen.

Wirtschaft Technik Handel

Die Reparationsdebatte.

Von Fritz Naphtali

SPD. Dass in Deutschland bei jeder neuen Verschärfung der Wirtschaftskrise der Wunsch nach Entlastung von Reparationsverpflichtungen stärker zum Ausdruck kommt, ist eine ganz natürliche Erscheinung. Das Gefühl, dass alle Voraussetzungen für die Anwendung der Revisionsmöglichkeiten des Young=Plans gegeben sein sollten, wird immer stärker. Es wird dadurch unterstützt, dass schon die Veränderungen des internationalen Preisniveaus, also damit des Goldwertes, die sich im Verlaufe dieser internationalen Wirtschaftskrise durchsetzen, billigerweise den Anlass zur Revision der Reparationslasten geben sollten.

Weder über den Wunsch nach Entlastung noch über die wirtschaftliche Berechtigung dieses Wunsches wird es in Deutschland, d.h. auf der Schuldnerseite, Meinungsverschiedenheiten geben. Die entscheidende Frage ist aber gar nich die, in welchem Grade wir Schuldner unter uns einig sind über die Schwere und Unbilligkeit der Last, die wir zu tragen haben, sondern in dem Augenblick müssen wir uns auch darum kümmern, wie es auf der Gläubigerseite aussieht.

Ein Teil der deutschen Presse hat es eine Zeitlang für gut befunden, jede an sich gewiss begrüssenswerte Stimme, möge sie von einem amerikanischen Bankier oder von diesem oder jenem fortschrittlichen Politiker oder Nationalökonomen stammen, die sich für eine Revision des Young=Planes ausgesprochen hat, den deutschen Lesern in einer Form mitzuteilen, die den Eindruck erwecken musste, als ob in der ganzen Welt die Stimmung bereits für eine Revision gegeben wäre. Die Wirklichkeit ist leider von dieser Darstellung weit entfernt. Wir müssen uns immer bewusst bleiben, dass von den auf Grund des Young=Plans vereinbarten Zahlungen der grösste Teil über die Begleichung der interalliierten Schulden nach Amerika fliesst. Von den rund 1700 Millionen, die als Rate für das Finanzjahr 1931/32 von Deutschland zu zahlen sind, fliesst rund eine Milliarde nach den Vereinigten Staaten. Der amerikanische Senat aber hat im Dezember noch jede Neuregelung der interalliierten Schulden, die eine entscheidende Voraussetzung für eine ernsthafte Revision der deutschen Reparationslasten wäre, einmütig abgelehnt. Ebenso wenig ist in irgendwelchen massgeblichen französischen oder englischen Aeusserungen aus der letzten Zeit die Neigung zur Revision zu verspüren. Im Gegenteil, man muss nüchtern konstatieren, dass die Verknüpfung der ernsthaften Debatte um die Senkung der Reparationslasten, die in dieser Krise als ganz natürlich empfunden wird, mit dem nationalistischen Geschrei in Deutschland, das nicht nur auf die Senkung der Reparationen im Rahmen des Young=Plans gerichtet ist, sondern gleichzeitig die Revision des Versailler Vertrages nach allen Seiten und mit allen Mitteln propagiert, dazu geführt hat, dass sich englische und französische Stellen gegenseitig ihre Solidarität in der Abwehr deutscher Forderungen versichern, wie dies erst vor wenigen Tagen in einem bemerkenswerten Artikel der "Times" zum Ausdruck kam.

Für die richtige Einschätzung der Frage des Zeitpunktes, in dem deutsche Bemühungen auf die Senkung der Reparationslasten praktische Erfolge versprechen können, muss man sich immer vergegenwärtigen, dass eine schwere Wirtschaftskrise nicht nur bei uns herrscht, sondern dass sie auch mit einer relativ kaum geringeren Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, in England, in Italien

und vielen anderen Ländern wütet. Solange in dieser Situation eine Senkung der deutschen Reparationszahlungen die unmittelbare Folgerung in den Empfangsländern hätte, dass sie ihre Steuern erhöhen müssen, werden begreiflicherweise in der Krisenzeit die Widerstände in den Regierungen und bei den breiten Massen der Bevölkerung ausserordentlich stark sein. Trotzdem besteht durchaus die Möglichkeit, dass sich allmählich in dieser Beziehung die Voraussetzungen für eine Revision der Zahlungen nach dem Young=Plan verbessern. Sehr wichtig wäre es in dieser Beziehung z.B., wenn sich auf Grund der Senkung der Zinssätze in Amerika in Frankreich, in England eine Konvertierung der inneren Kriegsschulden, d.h. eine Umwandlung der höher verzinslichen inneren Kriegsanleihen in niedriger verzinsliche durchgeführt werden würde. Ihre Verwirklichung im Laufe des Jahres 1931 würde unter Umständen die Voraussetzung dafür schaffen, dass eine Herabsetzung der Reparationszahlungen sich vollziehen könnte ohne steuerliche Ansprüche an die Bevölkerung in den Gläubigerländern.

Wenn man wirklich ernsthafte Arbeit für die Revision der Reparationslasten leisten will, so ist es notwendig, sich der realen Widerstände auf der Gläubigerseite bewusst zu sein und die Möglichkeiten für die Ueberwindung dieser Widerstände abzutasten und vorzubereiten. Würde man den komplizierten Mechanismus des Transfermoratoriums, des Zahlungsaufschubs und des Anspruches auf Revisionsprüfung nach dem Young=Plan in Bewegung setzen, nur um innerpolitisch eine Geste der Kraft zu machen, ohne den schnellen Erfolg der Schritte vorher politisch gesichert zu haben, so würde das zunächst wirtschaftlich nur eine neue Quelle der Beunruhigung schaffen. Der Abzug ausländischer Kredite aus Deutschland würde in einer solchen Periode der Unsicherheit sich erneut verschärfen und damit würde auch die Wirtschaftskrise noch weiter vertieft werden oder zum mindesten ihre allmähliche Ueberwindung weiter erschwert werden. Es hat keinen Zweck, sich Täuschungen über die Gefahren einer solchen Politik der Demonstrationen hinzugeben und im deutschen Volk eine Stimmung aufkommen zu lassen, als ob die Senkung der Reparationslasten nur eine Frage des Mutes und der Energie der deutschen Regierung wäre. In Wirklichkeit hängen die Voraussetzungen für einen Erfolg der Revision der Reparationslasten ab vom Verlauf der internationalen Krise und von der Schaffung der internationalen politischen Voraussetzungen für einen neuen Fortschritt auf dem Wege der Verständigung. Dass die Reparationen in erster Linie nicht ein wirtschaftliches, sondern ein politisches Problem sind, das galt bei dem Uebergang vom Dawes=Plan zum Young=Plan, der trotz aller Unzulänglichkeit einen Fortschritt in der Entlastung bedeutete, und das gilt genau so bei der nächsten Etappe der Revision des Young=Plans. Weil dem so ist, muss man sich auch darüber im klaren sein, dass die grösste Gefährdung des Prozesses der weiteren Senkung der Reparationslasten in einer Aussenpolitik liegt, die nicht klar auf dieses, nur auf dem Wege der Verständigung zu erreichende Ziel eingestellt ist, sondern die aus Popularitätssucht die verschiedensten Ziele, von denen an sich jedes einzelne berechtigt sein mag, auf einmal lärmhaft vertritt mit dem Erfolg, in der Welt die Atmosphäre des Misstrauens zu verschärfen.- Gerade weil es uns ernst ist mit einer weiteren Entlastung des deutschen Volkes von Reparationszahlungen, ist es unsre Pflicht, den Illusionen und Phrasen, die die Reparationsdebatte belasten, ohne die Revision auch nur im geringsten vorwärts zu treiben, entgegenzutreten. Eine einigermassen nüchterne Betrachtung des Reparationsproblems und des Tempos der Revisionsaussichten ist aber auch deshalb notwendig, weil wir uns nicht der trügerischen Hoffnung hingeben dürfen, als ob von dieser Seite ein entscheidender Einfluss auf die Ueberwindung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Notstandes ausgehen könnte. Wenn man mit dieser Illusion arbeitet, so kann das nur geeignet sein, die Energien zu lähmen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik im Innern, auf denen die wichtigsten Entscheidungen zur Ueberwindung der Krise und vor allem auch zur Linderung der Not der Opfer der Krise zu treffen sind.

SPD. Der rheinisch-westfälische Stahltrust, die Vereinigte Stahlwerke A.G. in Düsseldorf, veröffentlicht jetzt den üblichen Quartalsbericht für das erste Vierteljahr (Oktober bis Dezember) des laufenden Geschäftsjahres 1930/31.

In der Berichtszeit hatte die Krise in der Montanindustrie ihren Höhepunkt erreicht. Dementsprechend ist auch ein weiteres Zusammenschrumpfen der Umsätze und ein Abgleiten der Produktion auf allen Gebieten zu verzeichnen. So sank die Kohlenproduktion gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr Juli bis September 1930 um weitere 9% von 5,76 auf 5,23 Millionen Tonnen, während in der gleichen Zeit des Jahres 1929 die Kohlenproduktion noch einen Stand von 7,35 Millionen Tonnen aufwies. Die Kokserzeugung hat gegenüber dem letzten Quartalsbericht sogar einen Umsatzausfall von 17% (1,73 gegen 2,08 Millionen Tonnen) zu verzeichnen. Wenn auch in den Eisen- und Stahlbetrieben die rückläufige Bewegung angehalten hat, so ist sie doch nicht so ausgeprägt, wie in den Zechenbetrieben. Die Leistungen der Hochöfen gingen allerdings mit einer Roheisenerzeugung von 0,94 gegen 1,02 Millionen Tonnen um weitere 8% zurück, während sich in den Stahlwerken die Rohstahlerzeugung mit rund 1 Million Tonnen um 7% gegenüber dem vorhergehenden Quartal verringerte. Wie schwer aber auch die Krise in der Stahlindustrie ist, zeigt der Vergleich mit den Monaten Oktober bis Dezember 1929, gegen die der Produktionsstand der Stahlwerke um über 40% gesunken ist.

Die Belegschaft des Stahltrusts hat die Krise mit aller Wucht zu spüren bekommen. Die Gesamtbelegschaft ist von Ende 1929 bis Ende 1930 von 173 852 bis auf 120 954 Mann abgebaut worden. Es sind also im Laufe eines Jahres allein in den Betrieben des Stahltrusts rund 52 900 Mann auf die Strasse gesetzt worden. Allein in den letzten drei Monaten des Jahres 1930 wurden 14 000 Mann abgebaut. Diese Abbaumassnahmen gingen hauptsächlich zu Lasten der Bergarbeiter, deren Belegschaft im Laufe des letzten Jahres von 86 086 auf 57 314, also um rund 29 000 Mann zurückging.

Der Umsatz des Stahltrusts mit Fremden hat mit 231,3 Millionen Mark einen Rekordtiefstand erreicht. Gegenüber der Zeit vom Oktober bis Dezember 1929 ist ein Umsatzverlust von 35% eingetreten. Charakteristisch für die Schwere der deutschen Inlandskrise, die durch die Monopolpreise der Eisensyndikate noch verschärft wird, ist die Tatsache, dass der Inlandsumsatz gegenüber 1929 in der Berichtszeit um fast 46%, der Auslandsumsatz dagegen nur um 26% gesunken ist. Dass zur Zeit mit einem baldigen Aufschwung in der Montanindustrie noch nicht zu rechnen ist, beweist die Tatsache, dass die vorhandenen Auftragsbestände nur 59,4% des entsprechenden Bestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1929/30 ausmachen. Angesichts dieser katastrophalen Betriebsverhältnisse ist die Hartnäckigkeit, mit der sich die Stahlmagnaten gegen einen wirksamen Abbau der Eisenpreise stemmen, nur als eine glatte Desperadopolitik zu bezeichnen.

SPD. Die Berliner Industrie-und Handelskammer hat sich jetzt bemüssigt gesehen, in dem "Transradio"-Kampf zwischen der Reichspost und den Elektrokonzernen sich als Sturmbock für das Privatkapital einzusetzen. So teilt die Handelskammer der Oeffentlichkeit den Beschluss ihrer Verkehrskommission mit, wonach für die Uebernahme der privaten Transradio A.G. durch die Reichspost unter grossen finanziellen Opfern keinerlei zwingendes Bedürfnis (!) bestehe. Ausserdem sprechen nach Ansicht der Kommission erhebliche wirtschaftliche und verkehrstechnische Bedenken gegen die Absicht des Reichspostministeriums, deren Durchführung dem Funkverkehr eine Sonderstellung im deutschen Uebersee-Nachrichtenverkehr geben würde. Kabel- und Funkverkehr gehören im Interesse des Uebersee-Nachrichtendienstes und der Wirtschaft zusammen. Statt der beabsichtigten Trennung empfehle sich eine Verschmelzung der Transradio A.G. mit der deutsch-atlantischen Telegraphengesellschaft nach dem Vorbilde des Auslan-

des zu einem Unternehmen.

Man muss es der Berliner Industrie- und Handelskammer lassen, dass sie sich für ihre privatkapitalistischen Schäflein mächtig ins Zeug legt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch hier nur der Versuch unternommen wird, unter dem Deckmantel allgemeinwirtschaftlicher und verkehrstechnischer Interessen die machtpolitischen Ziele der führenden Elektrokonzerne Deutschlands gegenüber dem Staat durchzusetzen.

SPD. Die Bauwirtschaft scheint mit der Einführung des Einhand-Hohlziegels (EHZ) dem Problem der Kostenverbilligung einen Schritt näher gekommen zu sein. Dieser neuartige Hohlziegel ist ein Baustein, der an fünf Seiten geschlossen ist und die doppelte Grösse eines Normalziegels besitzt. Sein Gewicht beträgt 4 bis 5 Kilo gegen 3 bis 4 Kilo des bisherigen Normalziegels. Da er auf Grund der bisherigen Erfahrungen vom Maurer bequem mit einer Hand verarbeitet werden kann, er aber um eine Mörtelfuge grösser ist als zwei Normalziegel, ergibt sich eine wesentliche Abkürzung der Bauzeit. Für 1 cbm Bauerwerk werden bei der Verwendung dieses EHZ - Ziegels nur 5 bis 8 Stunden gegen bisher 8 bis 12 Stunden benötigt. Die Mörtelersparnis beträgt 30 bis 35%, und das Mauerwerksgewicht verringert sich von 1800 auf 1350 Kilo. Auf Grund der bisherigen praktischen Erfahrungen konnten bei der Verwendung dieser EHZ-Steine die Kosten für 1 Kubik-Mauerwerk von 43,90 Mark auf 37,65 Mark gesenkt werden. Ob sich der EHZ-Stein allgemein in der Praxis durchsetzen wird, oder ob sich bei seiner Verwendung stärkere Hemmungen ergeben, muss allerdings noch abgewartet werden.

Berliner Viehmarkt.

(13. Januar)

SPD. Der Auftrieb zum heutigen Viehmarkt war so stark, dass auf verschiedenen Gebieten Preissenkungen eintraten. Vermehrtes Angebot hatte besonders der Rindermarkt aufzuweisen, auf dem ein stärkerer Bestand übrig blieb. Die Pfund-Preise waren um 3 bis 4 Pfennige niedriger angeboten. Auch der Auftrieb auf dem Kälbermarkt war reichlich. Bei verhältnismässig schleppender Nachfrage gaben auch hier die Preise nach. Geringe Abschläge hatte auch der Schweinemarkt zu verzeichnen, wo g[illegible] gegenüber dem gleichfalls starken Angebot nur eine ziemlich flaue Nachfrage bestand.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 38-43 (voriger Markt 40-45), b) 30-[illegible] (32-38), c) 26-28 (28-30), d) 22-25 (24-27), Kälber: a) - [illegible], b) 63-72 (68-76), c) 52-62 (58-67), d) 40-50 (45-55), Schweine: a) (über 300 Pfund) 55-57 (58-59), b) (240-300 Pfund) 56-57 (57-60), c) (200-240 Pfund) 55-57 (57-59), d) (160-200 Pfund) 52-56 (55-57), e) (120-160 Pfund) 50-52 (51-53), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) Sauen 50-51 (51-53).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 13. Januar: I. 131 Mark, II. 121 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Weizen und Roggen rückgängig.

(Berliner Getreidebörse vom 13.Jan.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb die Stimmung am Dienstag weiter matt. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte gaben für beide Brotgetreidearten um etwa 1 Mark und darüber nach. In effektiver Ware war das Angebot an Weizen zwar nicht übermässig gross, jedoch reichte die Nachfrage nicht aus, um die Preise halten zu können, so dass diese abbröckelten. In Roggen war das Angebot stärker als in Weizen. Die Kauflust der Mühlen liess gleichfalls zu wünschen übrig, so dass sich auch hier Preisrückgänge von etwa 1 Mark ergaben. Auch im Mehlgeschäft herrschte keine Unternehmungslust. Wiewohl die Mühlen ihre Forderungen für beide Sorten um etwa 25 Pfennige ermässigt hatten, hielt sich die Umsatztätigkeit in engsten Grenzen. Hafer hatte sehr ruhige Tendenz. Am Gerstenmarkt hat sich nichts geändert.

	12.Jan.	13.Jan.
	(ab märkische Station i.Mark)	
Weizen	255 - 257	253½ - 255½
Roggen	152 - 155	152 - 155
Braugerste	200 - 215	199 - 213
Futter= und Industriegerste	188 - 194	188 - 194
Hafer	137 - 143	135 - 142
Weizenmehl	29,50 - 37,00	29,50 - 37,00
Roggenmehl	23,40 - 26,40	23,40 - 26,40
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 274½ - 273½ (Vortag: 275), Mai 283 plus Brief (284), Juli 287 Geld (288½). Roggen März 175½ - 175¼ (176), Mai 184½ - 184 (185½), Juli 186½ Brief (187). Hafer März 152-151½ (154), Mai 160 - 159 (162½), Juli 167½ - 167¼ Brief (169½).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,65 - 0,75
" " Weizenstroh "	RM	0,55 - 0,65
" " Haferstroh "	RM	0,55 - 0,65
" " Gerstenstroh "	RM	0,55 - 0,65
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RM	0,75 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RM	0,70 - 0,85
" " Weizenstroh	RM	0,60 - 0,75
Häcksel	RM	1,45 - 1.60
	Tendenz ruhig	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RM	1,30 - 1,60
Gutes Heu, gesund und trocken	RM	1,70 - 2,10
Thymothee, lose	RM	2,90 - 3,20
Kleeheu, lose	RM	2,70 - 3,00
Mielitz-Heu, lose, rein (Warthe)	RM	1,60 - 1,80
" " (Havel)	RM	1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu	RM	0,40 über Notiz
	Tendenz still.	

Gewerkschaftliche Rundschau

Was wurde versprochen?

Die Reichsregierung und ihre Lohnabbaupolitik.

SPD.Die Lohnabbaupolitik der Reichsregierung hat im Schlichtungswesen böse Auswirkungen gezeitigt. Unternehmer und Schlichter geben sich in den Verhandlungen vielfach gar nicht mehr die Mühe, sich mit den Argumenten der Gewerkschaften gegen den Lohnabbau ernsthaft auseinanderzusetzen. Für sie ist der Lohnabbau eine Selbstverständlichkeit. Auch die Höhe des Lohnabbaus steht für sie anscheinend von vornherein so gut wie fest. Die Unternehmer tun so, als ob ihnen von vornherein ein bestimmter Lohnabbau von der Regierung zugesichert sei. Im Ruhrbergbaukonflikt hatte das zu unerfreulichen Auseinandersetzungen zwischen den Industriellen und der Regierung geführt, wobei das Dementi des Reichsarbeitsministers, wonach ein Lohnabbau von 8% nicht seitens der Regierung zugesagt worden sei, nicht sehr überzeugend wirkte. Auch bei den Arbeitskonflikten anderer Industriezweige taucht immer wieder auf Seiten der Arbeitgeber die Behauptung auf, dass die Regierung den Industriellen einen bestimmten Lohnabbau versprochen habe. So wurde bei den vor kurzem geführten Schlichtungsverhandlungen für das Zementwerk Hemmoor vor dem Schlichtungsausschuss Harburg vom Syndikus der Arbeitgeber behauptet, die Regierung habe den Industriellen einen Lohnabbau von mindestens 6% versprochen. Der Schlichtungsausschuss fällte dann auch einen Spruch, wonach die Ecklöhne um 5 Pfennig (6%) ab 16.Januar abgebaut werden sollen. Die Arbeitgeber hatten einen Lohnabbau von 10% gefordert. Besonders frappierend wirkte es, dass sich bei der Verkündung des Schiedsspruchs auch der Schlichtungsausschussvorsitzende bei einem Seitenblick auf den Abbau der Beamtengehälter darauf berief, die Regierung wünsche einen Lohnabbau um 6%.

Unter diesen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeitgebervertreter es ablehnen, bei den Verhandlungen überhaupt in eine Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des in Frage kommenden Industriezweiges einzutreten, wie das z.B. bei den Verhandlungen in der Zementindustrie immer mehr Usus wird - ja, wenn sie es sogar ablehnen, die wirtschaftliche uud finanzielle Lage eines Industriezweiges oder bestimmter Betriebe überhaupt darzulegen. Auf die Argumente der Arbeitnehmervertreter antwortet die Gegenseite lakonisch: darüber zu reden, sei sie nicht befugt und auch nicht verpflichtet. Das Schönste ist, dass vielfach auf die von den Arbeitnehmern angeschnittenen Fragen nicht einmal von den Schlichtungsvorsitzenden eingegangen wird. Für sie scheint der Wunsch der Regierung Befehl zu sein. Kein Wunder, wenn zum Beispiel in dem erwähnten Fall der Schlichtungsverhandlungen für das Zementwerk Hemmoor garnicht erst der Versuch einer Einigung gemacht wurde, wie das doch allgemein üblich und auch in der Schlichtungsordnung vorgesehen ist.

Das alles sind recht unerfreuliche Dinge. Die Regierung wird nicht daran vorbeikommen, hier Klarheit zu schaffen. Hat sie den Arbeitgebern keine Lohnabbauzusagen und den Schlichtungsstellen keine Lohnabbauinformationen gegeben, dann soll sie das öffentlich und in klarer Form sagen. Die Arbeiterschaft darf erwarten, dass klarerWein eingeschenkt wird.Ebenso hat sie ein Recht zu verlangen, dass die Schlichtungsausschüsse von ihrer Möglichkeit zur Prüfung der

wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie auch Gebrauch machen. Wenn schon die Löhne abgebaut werden sollen, so braucht man deswegen doch nicht die Schlichtungsverhandlungen gleich zu einer Farce zu machen.

SPD. Die Arbeitslosigkeit unter den Musikern nimmt immer mehr zu. Mit dem neuen Jahr sind nun auch viele kleine Lichtspieltheater zum Tonfilm übergegangen. Dadurch sind abermals Musikkräfte erwerbslos geworden. Umso grössere Beachtung verdienen daher die vom Preussischen Staatsministerium erlassenen Richtlinien über entgeltliches Musizieren durch Beamte, die in den vom ADGB herausgegebenen Merkblättern zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von neuem in Erinnerung gebracht werden. Nach diesen Richtlinien ist Musizieren gegen Entgelt den Beamten nur mit besonderer, vorher einzuholender Genehmigung des Dienstvorsitzenden gestattet. Der Antrag muss Angaben über die Art des Unternehmens, Tag und Ort der Veranstaltung, die Dauer der Musikausübung und das Entgelt enthalten. Der Beamte hat dem Antrag eine Bescheinigung des zuständigen Arbeitsamtes beizufügen, aus der hervorgeht, dass für die beabsichtigte musikalische Darbietung geeignete Berufsmusiker nicht zur Verfügung stehen. Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage darf die Genehmigung auch beim Vorliegen aller übrigen Voraussetzungen höchstens 36 mal im Jahr, in keinem Vierteljahr mehr als 9 mal gegeben werden. Dis bisherige Unterscheidung zwischen gewerblichem und nichtgewerblichem Musizieren ist mit Rücksicht auf die dadurch entstandenen Schwierigkeiten fallen gelassen worden. Für die Genehmigungspflicht ist nur noch entscheidend, ob das Musizieren entgeltlich oder unentgeltlich ausgeübt wird. Unter Entgelt ist auch die Gewährung freier Zehrung oder freien Quartiers und ebenso die Gewährung mittelbarer Vorteile irgendwelcher Art zu verstehen.

Hoffentlich werden die preussischen Richtlinien auch von den übrigen Ländern übernommen, sofern dort nicht bereits ähnliche Schutzmassnahmen zu Gunsten der arbeitslosen Musiker getroffen sind.

SPD. Eine empfindliche Schlappe holte sich die kommunistische RGO in dem grössten Dresdner Metallbetrieb, bei Seidel & Naumann A.G. (Nähmaschinen, Fahrräder, Schreibmaschinen). Die RGO wollte einen Streik entfesseln. Sie berief eine Versammlung ein. Dazu erschienen im ganzen 22 Personen, d.h. ungefähr der 150. Teil der Belegschaft. Als der Streik beginnen sollte, blieben selbst die reuesten Anhänger der RGO bei ihrer Arbeit. Der Führer der RGO liess sich um 9 Uhr früh einen - Urlaubsschein geben; zwei Stunden später kehrte er pünktlich wieder zur Arbeit zurück.

So sieht die "revolutionäre" Tätigkeit der RGO aus. Grosse Worte, hinter denen nicht einmal der Wille zur Verwirklichung steht! Ein Affentheater, über das man Tränen lachen könnte, wenn das Treiben der RGO-Komödianten in dieser ernsten Zeit, wo die Arbeiterschaft geschlossener denn je zusammenhalten müsste, nicht so traurig wäre.

SPD. Am Dienstag begannen in Gleiwitz unter dem Vorsitz von Professor Dr. Brahn Schlichtungsverhandlungen zur Klärung der Lohnfrage des oberschlesischen Steinkohlenbergbaus. Von den Arbeitgebern wird ein Lohnabbau in Höhe von 12 % gefordert. Man rechnet, dass noch vor dem 15. d.M. eine Neuregelung erfolgt.